

Tagespruch.

Ein Herz, das sich mit Sorgen quält,  
Hat selten frohe Stunden.

Denke daran am 12. November!

Der amerikanische Präsident Roosevelt betonte in seinem Abrüstungsvorschlag vom 22. Juli 1932, es könnte für eine Zeit von zehn Jahren eine Verschiebung von zehn bis fünfzehn Milliarden Dollar vermieden werden, wenn die Rüstungsmächte darauf eingingen (u. a. Abschaffung der schweren Angriffswaffen). Die Mächte denken nicht daran, betreiben vielmehr mit Hochdruck die Aufrüstung. So achten sie die „Heiligkeit der Verträge“, die sie gegenüber Deutschland immer betonen!

Ist das Gleichberechtigung?

Die Frage an das Ausland.

„So wie am 5. März das deutsche Volk sich entscheiden mußte über den Kurs im Innern, muß es sich am 12. November entscheiden über den Kurs nach außen; es muß sich klar entscheiden, ob es will, daß die Ehre der Nation und ihr gleiches Recht in der Zukunft vor der ganzen Welt offen und frei vertreten werden soll, — diese, wenn man so will, außenpolitische Erwägung und Mahnung hat Adolf Hitler in seiner Frankfurter Rede ganz in den Vordergrund gestellt. Es kann auch gar nicht oft wiederholt werden, daß es sich bei der Abstimmung am 12. November in erster Linie darum handelt, dem Ausland zu zeigen, daß das deutsche Volk einig und geschlossen hinter dem Entschluß des Führers steht, ebensowenig die Groteske der Abrüstungskonferenz mitzumachen wie die des Völkerbundes. Und immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß das Ausland schon heute fast ohne Ausnahme der Überzeugung ist, am 12. November werde das deutsche Volk in geradezu erdrückender Mehrheit ein Ja! für die Außenpolitik der Regierung des neuen Reiches aussprechen. Diese Überzeugung findet sich in der ausländischen Presse auch dort, wo man seit Monaten den Gegnern des neuen Reiches die Spalten weit geöffnet hat, wo man in der Verurteilung des „Hitlerismus“ sich gar nicht genug tun kann. Schnell sind die Stimmen der Kritik, die die ganze Abstimmung des 12. November als eine bloße „Geste“ darstellten, verstummt, und sie machten der Erkenntnis Platz, daß diese Abstimmung alles andere als eine Geste, vielmehr eine Tat werden wird.“

Allen Verleugern, in Genuß auf der Abrüstungskonferenz weiterzuhandeln zu wollen, ohne daß Deutschland daran beteiligt war, ist sehr bald, vor allem von England, der Entschluß entgegengekehrt worden, abzuwarten, wie am 12. November das deutsche Volk stimmen würde. „Das deutsche Volk muß sich entscheiden für einen Weg, der im ersten Augenblick vielleicht schwer sein kann, bei aber unserer Überzeugung nach auf die Dauer eine große Nation allein in ihrer Größe zu erhalten vermag“, sagte der Führer in Frankfurt und wies damit wiederum auf eine politische Tat hin, die unbedingt, wie wir es jetzt schon, einige Wochen nach der deutschen Aufkündigung an die Abrüstungskonferenz und den Völkerbund, erlaubt haben, zum mindesten die Dinge politisch vorwärtsgetrieben hat und treiben wird. Die Gegenseite ist dadurch vor die Frage gestellt worden, ob sie sich an das Verprechen einer wirklichen Abrüstung halten oder langjährigem Gebrauch gemäß, die Entscheidung hierüber wieder hinauszuögern will. Diese Frage an das Ausland wird am 12. November vom ganzen deutschen Volk gestellt werden und darum ist es für das, was Deutschland künftig überhaupt im Kreise der Völker bedeutet, von so außerordentlicher Wichtigkeit, daß durch die Stimmabgabe aller wahlfähiger Deutschen diese Frage seines Führers zu einem lauten, millionenfachen Aufbruch wird.

In den verschwiegenen Zimmern der Geheimdiplomatie ist zwischen England und Frankreich eine Politisierung der Abrüstungsfragen vereinbart worden, weil angeblich das Gesicht des europäischen Kontinents jetzt andere politische Züge bekommen hat, als er sie noch vor Jahresfrist besaß. Man muß doch die Welt zutrauen, sehr schnell vergessen zu können, wenn man dieser Welt beratliche Behauptungen vorsetzt! Schon einmal war Deutschland genötigt, die Abrüstungskonferenz zu verlassen, weil sie unseren primitivsten Rechtsforderungen nicht Genüge leisten wollte, und damals war der Nationalsozialismus, war dieser verhaftete „Hitlerismus“ durchaus nicht an der Macht, war er vielmehr eine Bewegung, die durch das amtliche Deutschland eifrig verfolgt wurde! „Wenn man gerade auf das nationalsozialistische Deutschland verweist, dann erinnere ich daran, daß noch vor einem Jahre die Welt die nationalsozialistische Bewegung als gänzlich bedeutungslos und auch noch nach der Machtergreifung als eine vorübergehende Erscheinung bezeichnet hat, — und jetzt auf einmal behauptet man, man habe in den letzten zehn Jahren nicht abrufen können, weil der Nationalsozialismus da sei“, sagte Adolf Hitler der Welt ins Gesicht, er als Führer dieser nationalsozialistischen Bewegung. In diesen Feststellungen liegen aber auch Fragen, die er an die verantwortlichen Staatsmänner der Gegenseite richtet, Fragen, die von ihm nicht zum ersten Mal gestellt, die aber von der Gegenseite noch niemals beantwortet worden sind.

Eine laute Antwort aber wird erfolgen durch das deutsche Volk selbst, das ganz gewiß am 12. November der Überzeugung dieses Auslandes gerecht werden wird, daß die Fragen, die sein Führer an dieses Ausland gerichtet hat, geschlossen und mit millionenfacher Stärke wiederholt werden und eine Antwort fordern. Wir müssen alle erkennen, daß wir in einer großen geschichtlichen Zeit leben, einer Zeit, die nur ein Volk zu bestehen vermag, das seinen Willen einheitlich und einmütig der Welt gegenüber vertritt.“



Der Führer bei der Weihe des ersten Dietrich-Eckart-Denkmal.

In der Geburtsstadt Dietrich Eckarts, der kleinen oberpfälzischen Stadt Neumarkt, ist das erste Denkmal für den von Reichskanzler Adolf Hitler hochverehrten Führer und Dichter des Dritten Reiches durch den Führer persönlich feierlich enthüllt und eingeweiht worden. Das Bild zeigt Reichskanzler Adolf Hitler während seiner Weiherede, die von einem plötzlich einsetzenden Schneesturm begleitet war.

Der Führer besucht Dr. Goebbels.

Ganz unerwartet besuchte der Reichskanzler Reichsminister Dr. Goebbels im Reichspropagandaministerium, um ihm auch noch einmal persönlich seine Glückwünsche zum Geburtstag auszusprechen. Er überreichte dabei als Geburtstagsgeschenk einen Reiseaufnahmeapparat für Normalfilm. Der Reichskanzler, der längere Zeit im Reichspropagandaministerium verweilt hatte, wurde auf der Straße von einer großen Menschenmenge jubelnd begrüßt.

Dr. Goebbels' Dank für die Geburtstagswünsche.

Reichsminister Dr. Goebbels teilt mit: „Für die vielen Glückwünsche und Geschenke, die mir aus allen Teilen des Volkes anlässlich meines Geburtstages zugegangen sind, bitte ich, auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank auszusprechen zu dürfen. Leider erlaubt es meine Zeit, namentlich in Anbetracht des Wahlkampfes, nicht, sie selbst im einzelnen zu beantworten, wie ich das gerne möchte.“

Verleihung von Ehrenbürgerrechten.

Der preussische Minister des Innern weist in einem Rundschreiben an die Gemeinden und Gemeindeverbände darauf hin, daß die Verleihung von Ehrenbürgerrechten an einzelne Personen überhandgenommen hat. Die Gemeinden seien sich offenbar ihrer Verpflichtung nicht bewußt, von diesem Recht nur in besonderen Fällen Gebrauch zu machen. In Zukunft bedarf die Verleihung von Ehrenbürgerrechten — ausgenommen der Reichspräsident, der Führer und Reichskanzler sowie der Ministerpräsidenten — der ausdrücklichen vorherigen Genehmigung durch den preussischen Minister des Innern. Werden Verleihungen ohne diese ausdrückliche Zustimmung vorgenommen, so würden sie in Zukunft für ungültig erklärt werden.

Sensationelle Verhaftung im Lubbe-Prozess.

Zeuge wegen Meineides verhaftet.

Auffacherregender Zwischenfall im Brandstifterprozess. In der heute beginnenden vierten Woche der Berliner Verhandlung des Reichstagsbrandstifterprozesses bittet zu Beginn der Verhandlung der Angeklagte Zörgler, eine Erklärung abgeben zu dürfen, um eine wichtige Bekundung zu machen. Die Erklärung wird aber schließlich auf Ersuchen des Vorsitzenden zunächst bis nach der Zeugenvernehmung zurückgestellt.

Im Laufe der Vernehmung des ersten gehörten Zeugen Sönke sah sich der Oberreichsanwalt veranlaßt, die Inhaftnahme dieses Zeugen wegen des Verdachts des Meineides

zu beantragen. Es stellte sich im Laufe der eingehenden Vernehmung des Zeugen heraus, daß er unter Eid unwahre Angaben über das erste Zusammenreffen mit dem Angeklagten Laness gemacht hat.

Senatspräsident Dr. Bünger stellte nach kurzer Beratung des Gerichts folgenden Senatsbeschluss mit: „Es ist zu Protokoll festzustellen: Der Zeuge Sönke hat durch die Aussage, er lenne Laness aus Rumänien, habe ihn zufällig auf der Straße getroffen und ihm Quartier angeboten, und er habe keinen Koffer für ihn abgeholt oder erinnere sich dessen nicht, sich des verübten Meineides dringend verdächtig gemacht, da er selbst auf Vorhalt zugegeben hat, daß er in diesem Punkt bewußt die Unwahrheit gesagt hat.“

Die vorläufige Festnahme ist von mir schon ausgesprochen worden.

Der Zeuge Sönke ist in polizeilichen Gewahrsam zu nehmen und dort solange zu behalten, bis der Haftbefehl gegen ihn erlassen wird.“ Der Zeuge wurde abgeführt.

Oberreichsanwalt Dr. Berner macht dem Gericht Mitteilung: „Mir ist soeben von einem Pressevertreter mitgeteilt worden, daß während der Vernehmung des Zeugen Sönke der Angeklagte Laness plötzlich aus der bulgarischen Sprache in die russische Sprache überging, den Zeugen beim Vornamen nannte und ihm sagte: „Sprich die Wahrheit, es wird dir nichts passieren!“

Er hat also auf den Zeugen, in der Annahme, daß das Gericht ihn nicht verstehen werde, eine Einflussnahme auszuüben versucht.“

Auf Befragen erklärt der bulgarische Dolmetscher, daß er ebenfalls den Ausdruck Laness in russischer Sprache verstanden habe, daß aber in diesem Augenblick der Präsident an den Zeugen eine Frage gerichtet habe, so daß er, der Dolmetscher, nicht dazu gekommen sei, dem Gericht Mitteilung zu machen.

Die Zeugenvernehmung wird dann fortgesetzt. Zunächst wird Kriminalkommissar Dunge gehört. Ihm lag besonders

die Spurficherung

ob, an Hand von Photographien weist der Zeuge die einzelnen Spuren nach und erklärt, daß sicherlich nur ein Mann tätig gewesen sei.

Auch der Angeklagte Dimitroff stellt an den Zeugen wieder eine Reihe von Fragen. In ziemlicher Erregung ruft Dimitroff, er habe eine sehr wichtige Frage zu stellen: „Weiß der Zeuge von dem Erscheinen und der Übernachtung von der Lubbe in Henningsdorf?“

Zeuge: „Ich habe damit nichts zu tun.“

Dimitroff: „Ich beantrage, die betreffenden Polizeibeamten und Abspangestellten in Henningsdorf, bei denen Lubbe damals gewesen ist, darüber als Zeugen zu vernehmen: 1. Mit welchen Personen ist von der Lubbe dort bei der Polizei und im Hof in Verbindung gekommen? 2. Was hat von der Lubbe dort am Abend des 26. Februar, in der Nacht und am Morgen des 27. Februar getrieben?“ — Oberreichsanwalt Dr. Berner hat gegen den ersten Antrag keine Bedenken, bezeichnet aber den zweiten Punkt des Antrages als einen Beweisermittlungsantrag.

Der Verteidiger Dr. Leichert widerspricht der Auffassung des Oberreichsanwalts. Der Angeklagte

Dimitroff habe immer schon gesagt, daß er auf dem Standpunkte stehe, daß

die Brücke nicht in Reußfän, sondern in Henningsdorf geschlagen worden sei. (Dimitroff unterbrechend: „Das ist meine Überzeugung!“)

Dr. Leichert: „Daraus, daß von der Lubbe zugegeben hat, im Hof einige Männer kennengelernt zu haben, die er nicht mit Namen nennen kann, ergibt sich für Dimitroff, daß

diese Männer Lubbes Mitläufer seien.“

Dimitroff: „Der Zeuge Bunge hat mit von der Lubbe gesprochen, hat ihn vernommen und hat auch ein politisches Gespräch mit ihm gehabt. Ich möchte ganz deutlich wissen, wie dieser von der Lubbe (mit der Hand auf den Angeklagten Lubbe zeigend) damals gesprochen hat. Hat er verständlich gesprochen? Die Anklageschrift beschreibt von der Lubbe wie einen Professor! Was für einen Eindruck hat von der Lubbe gemacht, intelligent oder nicht?“

Zeuge: „Einen intelligenten Eindruck.“

Es tritt dann die Mittagspause ein. Wie Senatspräsident Dr. Bünger nach der Pause mitteilte, hat der Senat beschlossen, den Verweisanträgen des Angeklagten Dimitroff über Vernehmung von Henningsdorfer Zeugen stattzugeben.

Es wird dann der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Ruppin aus Reichenberg (Kreis Zebus) vernommen. Dr. Ruppin ist am Brandtage gegen 2 Uhr an den zwei kommunistischen Fraktionsräumen vorbeigekommen. Er sah, daß die beiden Zimmer voller Menschen waren und hörte Stimmengewirr. Als er am zweiten Zimmer vorbeigegangen war, öffnete sich die Tür hinter ihm, und es trat ein Mann mit dunklem, etwas grauem Haar und schmalen Gesicht heraus, der dann in entgegengesetzter Richtung fortgegangen ist.

Dimitroff: Ist der Zeuge dort in einem besonderen Auftrage vorbeigegangen oder als nationalsozialistischer Abgeordneter? Sind Sie als nationalsozialistischer Abgeordneter vorbeigekommen? Schämten Sie sich, das zu sagen?

Vorsitzender (scharf): Diese Bemerkung war wieder vollkommen ungehörig. Meine Geduld ist jetzt bald erschöpft. Ich habe keine Lust, mit Ihnen immer solche Dispute zu führen.

Dimitroff versucht sich mit einer Erklärung herauszureden. Er tue das manchmal ein bißchen grob.

Die Stenotypistin Olga Derr, die dann als Zeugin vernommen wird, arbeitete in der kommunistischen Fraktion. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob das Zimmer 53 A am Sonnabend besonders aufgeräumt worden sei, und ob alle Sachen herausgebracht worden seien, die nicht speziell der Reichstagsverwaltung gehörten, erwidert die Zeugin: Ich weiß davon gar nichts. Die weitere Frage, ob sie den Angeklagten van der Lubbe als eine Person wiedererkannt habe, die sie einmal im Reichstag gesehen habe, beantwortet sie mit nein. Ebenso verneint sie die Frage, ob sie die drei bulgarischen Angeklagten gesehen habe.

Im Verlaufe dieser Vernehmung kommt die Zeugin mit der überraschenden Angabe heraus, daß Zörgler am Montag, den 27. Februar, abends eigentlich nach Chemnitz fahren sollte. Nach ihrer Annahme sei diese Reise aber unterblieben, weil Zörgler wegen der Freigabe von beschlagnahmtem Wahlmaterial verhandelte.

Fräulein Willa Hartmann, Angestellte beim Preussischen Landtag, sagt dann u. a. aus: am 27. Februar vormittags zwischen 11 und 12 Uhr benutzte ich den Fahrstuhl im Erdgeschoß des Preussischen Landtages. Fast gleichzeitig mit mir betrat der Landtagsabgeordnete Koenen in Begleitung eines Mannes den Fahrstuhl. Der Zeugin ist, wie der Vorsitzende feststellt, bald nach dem Brande eine Photographie von der Lubbe von der Polizei vorgelegt worden. Sie hat sofort eine auffallende Ähnlichkeit festgestellt und erklärt:

„Das ist der Mann, der damals mit Koenen hinausgefahren ist.“

Von der Lubbe wird der Zeugin aus der An-